

Von den abgebildeten
Verteidigerinnen werden
fünf von PBI begleitet.



WOMEN HUMAN RIGHTS DEFENDERS ADVOCACY WEEK IN GENF:

INSTRUMENTE FÜR MENSCHENRECHTS- UND UMWELTAKTIVISTINNEN

Im September 2024 organisierte PBI am Rande der 57. Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen in Genf die *Woman Human Rights Defenders Advocacy Week* mit. Fünfzehn Umwelt- und Menschenrechtsaktivistinnen aus verschiedenen Ländern, darunter fünf, die von PBI begleitet werden, kamen zusammen. Ziel der Woche war es, den Austausch zu fördern, die Mechanismen der Vereinten Nationen besser zu verstehen und die Advocacy-Fähigkeiten der Teilnehmerinnen durch Schulungen und geeignete Werkzeuge zu stärken.

Diffamierungskampagnen, Kriminalisierung, Inhaftierung und Mord: Menschenrechtsverteidiger*innen sind vielfältigen Formen der Verfolgung ausgesetzt. Diese werden durch den Anstieg von Autoritarismus, Nationalismus und menschenrechtsfeindlichen Diskursen, insbesondere in Konfliktgebieten, verschärft.

Mit 85% aller Fälle im Jahr 2023 ist Lateinamerika die Region mit der höchsten Anzahl an Morden an Verteidiger*innen von Land-, Territorial- und Umweltrechten. In Honduras zerstören Rohstoffunternehmen die natürlichen Ressourcen in den Lenca-Territorien und stellen die indigenen Gemeinschaften vor enorme Herausforderungen bei der Verteidigung ihrer Landrechte. Auch in Kolumbien ist die Rohstoffindustrie auf indigenem Land aktiv und setzt die dortigen Gemeinschaften, die für ihre Landrechte kämpfen, Gewalt und einer alarmierend hohen Zahl von

Morden aus. In Guatemala bleiben Korruption und schwere Menschenrechtsverletzungen ungestraft. Die Entscheidung des ehemaligen Präsidenten Jimmy Morales, 2018 das Mandat der Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG) zu beenden, hat den Kampf gegen kriminelle Strukturen innerhalb des Staates geschwächt. Die indigenen Gemeinschaften, die unter sozioökonomischen Ungleichheiten und den gross angelegten Rohstoffprojekten multinationaler Unternehmen auf ihrem Land leiden, leisten mutigen Widerstand, werden jedoch oft wegen ihres Engagements ins Visier genommen.

Die Situation der indigenen Völker und der Menschenrechtsverteidiger*innen ist in vielen Teilen der Welt besorgniserregend. Lateinamerika ist ein besonders deutliches Beispiel für diese Herausforderungen, doch auch andere Länder wie Indonesien zeigen, dass es sich um ein globales Problem handelt. In Indonesien führt die fehlende Anerkennung indigener Völker im nationalen Recht dazu, dass ihr ancestrales Land ohne ihre Zustimmung ausgebeutet wird. In Mexiko bedroht die Ausbeutung des Landes indigener Gemeinschaften deren Rechte und Sicherheit, wobei der Einfluss des organisierten Verbrechens die Situation weiter verschärft. Die Kartelle eignen sich das Land – oft mit Duldung des Staates – illegal an und führen Bandenkriege, um die Kontrolle zu erlangen. In solchen Kontexten werden Menschenrechtsverteidigerinnen nicht nur wegen ihres öffentlichen Engagements, sondern auch wegen der Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts zur Zielscheibe. Fast die Hälfte der Aktivistinnen, die sich in Konflikten um

natürliche Ressourcen, Land oder Bergbau engagieren, sind direkter Gewalt, Drohungen oder versuchter Kriminalisierung ausgesetzt, welche in Regionen mit grosser Geschlechterungleichheit verstärkt werden. **Trotz ihrer erhöhten Gefährdung spielen Menschenrechtsverteidigerinnen eine entscheidende Rolle beim Schutz und der Förderung grundlegender Menschenrechte.** Ihre Teilnahme an internationalen und UN-Mechanismen ist entscheidend, um Druck auf Staaten auszuüben und konkrete Fortschritte zu erzielen. In diesem Zusammenhang wurde die Women Human Rights Defenders Advocacy Week ins Leben gerufen. Diese Schulungs- und Sensibilisierungswoche, die in Zusammenarbeit mit ISHR, JASS, Front Line Defenders und Amnesty International organisiert wurde, widmete sich den Herausforderungen von Menschenrechtsverteidigerinnen. Der Fokus lag dabei auf Klimagerechtigkeit, Umweltrechten und den Rechten indigener Völker. Die fünfzehn Teilnehmerinnen vertieften ihr Wissen über die internationalen Schutzmechanismen für Menschenrechte, erlernten praktische Werkzeuge zur Verbesserung ihrer Sicherheit und tauschten sich mit wichtigen Akteur*innen der internationalen Gemeinschaft sowie den Vereinten Nationen aus. **Yannick Wild, Advocacy-Koordinator von PBI in Genf, leitete u.a. eine Sitzung zu den Sonderverfahren des Menschen-**

Ermordungen an
Umwelt- und
Landrechts-
verteidiger*innen
im 2023



85%

in Lateinamerika

Über
1'500
ermordete
Menschenrechts-
verteidiger*innen
seit der Verabschiedung
des Pariser
Klimaabkommens 2015



Im Jahr 2023
gehörten 43%
der in Lateinamerika
ermordeten Personen
**indigenen
Gemeinschaften**
an

43%

rechtsrats und zeigte auf, wie diese effektiv für Advocacy-Massnahmen genutzt werden können. Ausserdem konnten wir den von PBI begleiteten Menschenrechtsverteidigerinnen bei drei öffentlichen Veranstaltungen eine Plattform bieten. Bei der Filmvorführung *The Illusion of Abundance*, welche die Kämpfe von drei Umweltaktivistinnen thematisiert; bei einem Panel am IHEID über Umweltrechte und Geschlechterfragen sowie bei einer Podiumsdiskussion beim Alternatiba-Festival über Klimafragen und die Rechte der Völker Lateinamerikas.

Abschliessend hat die Women Human Rights Defenders Advocacy Week Menschenrechtsverteidigerinnen aus aller Welt ermöglicht, einen sicheren und wichtigen Raum für Solidarität und Austausch zu schaffen, in dem ihre Stimmen gehört wurden und die Sichtbarkeit ihrer Anliegen gegenüber wichtigen internationalen Akteur*innen gestärkt wurde.

FÜNF VON PBI BEGLEITETE MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGERINNEN



Tania Carolina Hernández, Honduras

Im Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras – COPINH kämpft Tania für die Verteidigung der Rechte der indigenen Völker in Honduras sowie für den Schutz von Land- und Territorienrechte.

«Wenn es in einem so emblematischen Fall wie dem von Berta Cáceres keine Gerechtigkeit gibt, werden wir weiterhin solche Verbrechen in unseren Territorien und gegen unser Volk erleiden müssen.»

Vorschau

THE ILLUSION OF ABUNDANCE



Ein Dokumentarfilm von Erika Gonzalez Ramirez und Matthieu Lietaert (2022), der die Auswirkungen der extraktiven Industrien auf indigene Gemeinschaften und die Umwelt in Honduras, Brasilien und Peru untersucht. Scannen Sie den QR-Code und gelangen Sie über die Koalition für Konzernverantwortung direkt zum Film.

Deyanira Soscué, Kolumbien

Deyanira ist Mitglied des Consejo Regional Indígena del Cauca (CRIC), einer Organisation, die sich für die territorialen und kulturellen Rechte indigener Völker im Hinblick auf sozio-ökologische Auswirkungen einsetzt. Ihr Aktivismus, insbesondere gegen das Mega-Wasserkraftprojekt von La Salvajina, hat ihr Leben sowie das ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft in Gefahr gebracht.

«Ohne Wasser werden die Armen Durst haben, aber die Reichen auch.»



Pascuala Alonzo Ramírez, Guatemala

Pascuala ist eine führende Figur des Widerstands und eine Autorität in der Gemeinschaft Olopa in der Region Chiquimula. Sie setzt sich für die Bewahrung und Förderung der Kulturen sowie der Rechte der indigenen Völker ein. Sie kämpft gegen die Konsequenzen des Bergbaus und setzt sich für die Rechte ihrer Gemeinschaft angesichts dieser Umweltbedrohungen ein.

«Unsere Widerstände zu teilen, die Erfahrungen unserer Mitstreiterinnen zu entdecken und zu verstehen, wie Kämpfe in anderen Ländern geführt werden, hat mich gestärkt und bereichert. Ich weiss jetzt, dass ich stark bleiben und weiter kämpfen muss.»



Dorthea Wabiser, Indonesien

Dorthea ist Aktivistin und Forscherin bei PUSAKA, einer Organisation, die sich für die Rechte indigener Völker in den westlichen und südlichen Regionen von Westpapua einsetzt.

«Es wurde nachgewiesen, dass die besten Wächter der Wälder die indigenen Völker selbst sind. Das Problem ist, dass die indigenen Völker in Indonesien nicht geschützt sind und über keine eigenen Land verfügen.»

María Eugenia Gabriel Ruiz, Mexiko

María Eugenia ist Anwältin, Sozialanthropologin und Mitglied der Red Solidaria de Derechos Humanos in Michoacán. Sie begleitet Purhépecha-Frauen in den Bereichen Sicherheit und Stärkung der Selbstbestimmungsprozesse.

«Ich hoffe, dass diese Welt eines Tages keine Menschenrechtsverteidiger*innen mehr braucht!»

HONDURAS: LEBEN AN VORDERSTER FRONT

In Honduras sind Menschenrechtsverteidiger*innen, insbesondere jene, die sich für den Umweltschutz engagieren, zunehmend Gewalttaten ausgesetzt. Der Kampf für diese Rechte hat bereits vielen das Leben gekostet, darunter auch die bekannte Aktivistin **Berta Cáceres**. Sie war eine indigene Anführerin und engagierte Umweltschützerin, die 2016 ermordet wurde, weil sie sich gegen das Wasserkraftprojekt Agua Zarca stellte, das das heilige Territorium der Lenca-Gemeinschaften bedrohte. Trotz eindeutiger Beweise, die Verbindungen zwischen diesem Verbrechen und mächtigen politischen sowie wirtschaftlichen Akteuren aufzeigen, bleiben die Auftraggeber ungestraft. Was die tatsächlichen Täter des Mordes betrifft, so wurden sie zwar verurteilt, aber ihr Urteil wurde bisher nicht bestätigt, was die im

Land vorherrschende Straflosigkeit unterstreicht. Dieser Gewaltakt wiederholte sich tragischerweise im September 2024 mit dem Mord an **Juan López**, der sich gegen die Bergbauaktivitäten einsetzte, die den Guapinol-Fluss bedrohten – eine lebenswichtige Wasserquelle für Tausende von Familien. Im Jahr 2022 hatte der Aktivist in Bern und Genf über sein Engagement und die Gefahren, denen er dabei ausgesetzt war, berichtet. Zwei Tage nach seiner Ermordung ergriff eine Kollegin von López im Rahmen der *Women Human Rights Defenders Advocacy Week* das Wort, um den Mord zu thematisieren. Sie nahm zusammen mit **Tania Carolina Hernández** an einer Podiumsdiskussion teil, die von PBI organisiert wurde und den Umweltschutz in Honduras zum Thema hatte.

Ähnlich wie **Berta Cáceres** war auch **Juan López** einer gezielten Kriminalisierung durch politische und wirtschaftliche Akteure ausgesetzt, die somit versuchten, den lokalen Widerstand zu schwächen. Nur wenige Tage nach seinem Mord ordnete ein Berufungsgericht die Wiederaufnahme strafrechtlicher Verfahren gegen ihn und vier weitere Aktivist*innen an. Dies ist ein klares Beispiel für die von Menschenrechtsorganisationen oft angeprangerte Praxis der Kriminalisierung.

«ICH WURDE VON EINEM UMFELD GEPRÄGT, IN DEM HANDELN EINE VERANTWORTUNG WAR.»

INTERVIEW MIT EMILIANA RICKENMANN

Im Jahr 2023 trat Emiliana dem PBI-Team bei, um ein Praktikum zu absolvieren, das sie parallel zu ihrem Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität Genf durchführte. Als Aktivistin kolumbianischer Herkunft setzt sie sich für sozio-klimatische Themen ein, insbesondere als Mitbegründerin von *Latinas por el Clima*. Erfahren Sie mehr über ihren Werdegang und ihre Bestrebungen.

Wie entstand dein Wunsch, dich für die Umwelt und soziale Gerechtigkeit einzusetzen?

EMILIANA RICKENMANN: Mein Engagement für Umwelt und soziale Gerechtigkeit entstand aus einer Kindheit in Kolumbien, einem Land, das von tiefgreifender Ungleichheit geprägt ist. Der Einfluss meines Vaters, der

sich stets für Frieden einsetzte, und meiner Stiefmutter, die für die Rechte der Frauen einstand, prägten ein starkes soziales Bewusstsein. Der «Paro Nacional» verstärkte dieses Engagement, indem er die Ungerechtigkeiten des oligarchischen Systems in Kolumbien aufzeigte.

«IN DER SCHWEIZ IST DER KAMPF ZWAR ANDERS, ABER GENAU SO WICHTIG.»



CHRISTIAN ALTHIER

Emiliana bei einer Demonstration in Zürich gegen UBS und die SNB im Rahmen des Internationalen Klimastreiks, April 2024.

Mein Umweltaktivismus konkretisierte sich 2019 bei den Bränden im Amazonasgebiet und wurde durch die Ratifizierung des Abkommens von Escazú gestärkt. Diese Erfahrung offenbarte mir die tiefe Verbindung zwischen Menschenrechten und Umwelt und führte zur Mitgründung von *Latinas por el Clima*, um Gender- und Klimakämpfe miteinander zu verknüpfen.



COP16
CALI · COLOMBIA
Paz con la Naturaleza

Aktivist*in sein in der Schweiz oder in Kolumbien, ist das derselbe Kampf?

Nicht ganz. In Kolumbien ist es extrem gefährlich, Aktivist*in zu sein. Das Leben der Umweltschützer*innen steht täglich auf dem Spiel. Diese Risiken sind jedoch nicht für alle gleich; sie werden durch die Ungleichheiten, die das Land prägen, noch verstärkt. Diese soziale Schichtung fügt dem Kampf eine zusätzliche Komplexität hinzu, unterstreicht jedoch auch die Dringlichkeit, aus unserer privilegierten Position heraus zu handeln. Ziel ist es, die finanziellen Akteure und multinationalen Unternehmen für ihre Rolle in der globalen Ausbeutung, der sozioökologische Zerstörung und teils auch in der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen zur Rechenschaft zu ziehen.

Was hat dich während deines Praktikums am meisten geprägt?

Das Praktikum ermöglichte bereichernde Begegnungen mit Menschenrechtsverteidiger*innen aus der ganzen Welt, insbesondere aus Honduras. Zudem verdeutlichte es die Bedeutung der Lobbyarbeit bei den Vereinten Nationen sowie die entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft in internationalen Entscheidungsprozessen. Die Erfahrung zeigte mir auch die strategische Bedeutung der Finanzierung von NGO's, um soziale und ökologische Kämpfe zu unterstützen. Dies bereicherte nicht nur meine akademische Ausbildung, sondern stärkte auch meine praktischen Fähigkeiten im Fundraising, einem wichtigen, aber oft vernachlässigten Aspekt in sozialen und umweltbezogenen Anliegen.

**MIT IHRER SPENDE SCHÜTZEN
SIE MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN.**

Danke !

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



Peace Brigades International
Brunnmattstrasse 21, 3007 Bern, 031 372 44 44
Rue de Varembe 1, 1202 Genève, 058 058 80 90
info@peacebrigades.ch



Ihre Spende
in guten Händen.

